

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Verleger: Verlagsanstalt R. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Kundgebungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 60 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Umständen 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Anblatts-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Karl Heßke in Rähnitz-Postau.

Nr. 100

Dresden, Dienstag, 30. April

1929

## Gemeinsame Besprechung des Reichskabinetts und des preussischen Staatsministeriums über die Lohnbewegung.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge fand heute nachmittags eine gemeinsame Besprechung des Reichskabinetts und des preussischen Staatsministeriums im Reichstag statt. Auf der Tagesordnung der gemeinsamen Kabinettsitzung stand vor allem die Regelung der Lohnfrage für die Eisenbahn- und Postarbeiter sowie für die Reichs- und Staatsarbeiter. Auch Vertreter der Reichsbahn waren anwesend. Das Ziel der Besprechung war trotz der überaus schlechten Finanzlage sowohl der Reichsbahn wie des Reiches und der Länder, eine gemeinsame Basis für eine befriedigende Lösung des Lohnkonflikts zu finden und gleichzeitig durch eine langfristige Festlegung der Arbeitsbedingungen eine Stärkung des Wirtschaftswachstums in absehbarer Zukunft zu bewirken. In der Besprechung wurde die Lage der Eisenbahnarbeiter zur gleichen Zeit mit dem gleichen Ziel verfolgt unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers im Reichstag eine Besprechung statt, in der Mittel und Wege zur Behebung der schwierigen Finanzlage des Reichs gesucht wurden.

## Der Urlaub des Reichsanwaltes Jorns. — Ein Disziplinarverfahren bereits abgeschlossen.

Die Telegrammunion hört zu der Angelegenheit Jorns noch weiter, Reichsanwalt Jorns habe den ihm vom Oberreichsanwalt erteilten Urlaub ausdrücklich mit der Begründung beantragt, daß er die Zeit brauche, um die Verurteilung der Angelegenheit zum Prozeß gegen den Redakteur Bornstein vorzubereiten. Weder das im Prozeß Bornstein erhaltene und noch nicht rechtskräftig gewordene Urteil, noch die gegen den Reichsanwalt Jorns erlassene Strafanzeige seien stichhaltige Gründe, um den Reichsanwalt Jorns von seinem Amte fernzuhalten. Außerdem könne gesagt werden, daß gegen den Reichsanwalt Jorns in bestimmten Angelegenheiten, um die sich der Prozeß Bornstein drehe, ein Disziplinarverfahren schon vor längerer Zeit zum Abschluß gebracht worden sei, bei dem keine dem Reichsanwalt Jorns nachteiligen Feststellungen hätten getroffen werden können.

## Die verbrecherische Demonstration der Kommunisten.

Die Angelegenheiten mehren sich, daß die Berliner Kommunisten die Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbotes auch am 1. Mai durch den Polizeipräsidenten Bürgel misstrauen wollen, um auf alle Fälle blutige Zusammenstöße mit der Polizei herbeizuführen, die ihnen dann das erwünschte Material zur Hebe gegen den Staat liefern würden. Wie man erfährt, hat die Leitung des Berliner Bezirksverbandes der kommunistischen Partei einen genauen Aufmarschplan für den 1. Mai aufgestellt, wonach unter Vertretung der Parteimitglieder u. a. ein Demonstrationzug nach dem Potsdamer Platz, ein anderer nach dem Alexanderplatz geleitet werden soll. Auch nur der Versuch, diese Absichten zu verwirklichen, muß zu folgenschweren Zusammenstößen mit der Polizei führen. Dementsprechend ist denn auch die Schutzpolizei der Reichshauptstadt für den 1. Mai auf die höchste Alarmstufe gesetzt. Der Alarmzustand beginnt bereits in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch. Wie man hört, ist eine Verhaftung der Polizei von andwärts nicht erfolgt, im das Kommando überzogen ist, mit den vorhandenen Kräften die Ordnung aufrechtzuerhalten zu können. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Angabe, die der sozialdemokratische Abgeordnete Franz Müller auf dem Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokraten machte, daß die kommunistische Bezirksleitung bei Festlegung ihrer Aufmarschpläne vor einigen Tagen im Karl-Liebknecht-Park zweimal zum Aufruhr gebracht habe, daß man mit etwa 200 Toten am 1. Mai rechnen könne. Besonders verbrecherisch ist die Absicht der Kommunisten, an den geplanten illegalen Umzügen vor allem auch kommunistische Kinder teilzunehmen zu lassen.

## Die Zwischenfälle in Döppeln.

Döppeln, 29. April.  
Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien veröffentlicht einen Bericht über die bedauerlichen Vorfälle, die sich nach dem Gastspiel der Rattowitzer Oper im Döppelner Stadttheater ereignet haben. Aus dem umfangreichen Bericht ist u. a. folgendes zu entnehmen: Der Polizeipräsident von Döppeln hatte aus Anlaß des Gastspiels ganz besondere Vorsorge zur Verhütung der sonst ständigen Theaterwache im Eingang des Theaters getroffen, als auch im Theater selbst getroffen. Die Ausführung verlief im allgemeinen ungehindert, außer, daß zweimal Steinbomben geworfen wurden. Es wurden darauf in einer Folge insgesamt 10 Jugendliche festgenommen, die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören. Sie waren nicht im Besitz einer Einlasskarte. Als vor dem Schluß der Vorstellung sich vor dem Theater ein große Menschenmenge ansammelte, forderte der diensttuende Polizeioffizier eine erhebliche Verstärkung an. Nach Schluß der Vorstellung traf der persönlich anwesende Polizeipräsident, Rat, selbst die notwendigen Anordnungen, um ein unbehelligtes Weggehen der Mitglieder des Rattowitzer Theaters zum Bahn zu gewährleisten. Diese waren durch den Anblick der vielen Menschen auf dem Wege, welche

hart lärmten, in große Aufregung geraten. Der Polizeipräsident ließ durch Beamte der Kriminalpolizei beruhigend auf die Menschenmenge einwirken. Während dieser Zeit hatten die Mitglieder des Rattowitzer Theaters bereits vorzeitig ohne Wissen des Polizeipräsidenten das Theater verlassen, so daß es unmöglich geworden war, ihnen auf dem Weg zur Bahn polizeilichen Schutz zu geben. Als die Polizeibeamten am Bahnhofseingang eintrafen, hatte die Theatergesellschaft bereits den Bahnhof betreten und war hier von einigen jungen Deutschen angegriffen worden. Nach den Feststellungen des Bahnmeisters haben die Angegriffenen Verletzungen erlitten, die nicht ernst sind. Es handelt sich um kleine Stichwunden, eine Armkontusion und um Kratzwunden im Gesicht bei mehreren anderen Personen. Im Laufe des Abends haben die polizeilichen Ermittlungen, die noch nicht abgeschlossen sind, und mit aller Schärfe durchgeführt werden, bereits zur Festnahme von zehn Personen geführt. Der Oberpräsident hat dem polnischen Generalkonsulat in Bautzen sein Bedauern über diese Fälle angedrückt und erklärt, daß alles geschieht, um die Täter zu ermitteln und der notwendigen Sühne zuzuführen.

## Die deutschen „Reserven“.

In einem Augenblick, wo man eben den Amerikanern dankbar sein wollte, daß sie aus der ewigen sogenannten „Vergeltung“ der Rüstungen endlich eine wirkliche „Herabsetzung“ zu machen antraten, versehen sie andererseits der europäischen Abrüstungspolitik den schwersten Schlag, den sie seit Beginn der Beratungen in Genf überhaupt je erfahren hat. Amerika erklärt sich an den europäischen Vorschlägen sozusagen desinteressiert, es erklärt sich damit einverstanden, daß für die Berechnung der Heeresstärke nur die aktiven Mannschaften, nicht aber die Reserven gezählt werden sollen. Wird die Reservenfrage nicht gelöst, so braucht logischerweise auch das tote Material nicht gezählt zu werden, das die weitrührenden Nationen für den kommenden neuen Krieg bereits heute wieder aufzuheben beginnen. Kein Wunder, daß dieses amerikanische Zugeständnis von der militärischen Politik Frankreichs begeistert begrüßt wird. Die meisten anderen europäischen Mächte durchschauen die verbindliche Tageweise dieser amerikanischen Konzeption, wagen aber nicht, gegen Washington und Frankreich aufzutreten. England sagt sich schon deshalb, weil es selbst auf die Landrüstung weniger Wert legt und mit Frankreich im geheimen Einvernehmen steht. Deutschland im geheimen durch diese Politik erneut verschärft und verschärft. Es steht seinerseits unter Kontrolle, es darf keine Reserven ausbilden, kein Material vorbereiten. Keine es wirklich zu einem neuen Krieg, den Deutschland in seiner zweifelhaften Lage am wenigsten zu wünschen Ursache hätte, dann könnten seine Nachbarn in wenigen Tagen aus ausgebildeten Reserven Millionenheere schaffen und mit ihnen die deutschen

Grenzen überfluten. Aus militärisch ungebildeten Mannschaften bei mangelhaft vorbereiteter Material eine Armee zu schaffen, erfordert natürlich viele Monate an Zeit. England und Amerika haben nach ihrem Eintritt in den Krieg über ein Jahr gebraucht, um sich wirklich schlagfertig zu machen. In dieser Zeit würde das wehrlose Deutschland längst vernichtet sein. So soll also die Politik von Versailles trotz aller Verständigungsversuche der Wohlgesinntheit mit brutalster Rücksichtslosigkeit fortgeführt werden: ein militärisch wehrloses Deutschland soll als Verhandlungspartner den militärisch sehr wohl überlegen getarnten anderen Mächten gegenüberstehen. Daß hierdurch der Gerechtigkeitgedanke unter den Völkern nicht gefördert wird, liegt auf der Hand. Ein wenig schämt man sich denn auch auf französischer Seite. Dafür hat man dann aber ein scheinbares Argument, um die Bewusstseinsstimmen im eigenen Lande zu beschwichtigen: man weiß auf die sogenannten heimlichen Rüstungen hin, die in den deutschen Wehrverbänden betrieben werden. Mit der planmäßigen Ausbildung militärisch brauchbarer Reserven haben diese heimlichen Spaziergänge von Gymnasialisten und diese gelegentlichen Manöver zwischen Nationalsozialisten und Reichsfrontleuten wahrhaftig nicht das mindeste zu tun. Selbst ein französischer Offizier würde wohl nur darüber lächeln können, wenn man ihm ernsthaft zumute, an diese sogenannten Reserven Deutschlands zu glauben. Aber freilich, aus politischen Gründen tut man so, als ob! So werden diese trüben Spielereien, die schon innerpolitisch eine dauernde schwere Belastung darstellen, auch noch außenpolitisch verhängnisvoll für Deutschland.

## Die Unterminierung der Minderheitenverträge.

London, 29. April.  
Dem Verleumdungsbericht des Völkerbundes für die Minderheitenfrage, der aus Chamberlain, dem japanischen Botschafter in Paris Adachi und dem spanischen Botschafter Rafael Quinones de Leon besteht, und der heute zur Prüfung mehrerer Denkschriften zur Minderheitenfrage, u. a. einer aus der Feder Dr. Stresemanns und einer des kanadischen Dandurand, zusammentritt, sind von sämtlichen Staaten mit größeren Minderheiten, insbesondere von Polen, Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Griechenland Memoranden zugeworfen, deren völlig gleicher Text darauf schließen läßt, daß sie auf gemeinsame Verständigung hin abgefaßt wurden. In diesen Denkschriften wird über die Verpflichtung

der Minderheitenverträge theoretisch anerkannt, in der Praxis aber bezweifelt, diese Verträge nach Möglichkeit zu durchbrechen. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß die Minderheitenstaaten diese Verträge nur mit größtem Bedenken unterzeichnet hätten. Somit könnten sie mit Recht fordern, daß ihre Verpflichtungen in dem beschränktesten Sinne angelegt würden. Eine Ausdehnung des Minderheitenvertrages könne unter keinen Umständen für sie tragbar sein. Weiter die Vorschläge Deutschlands, noch diejenigen Kanadas seien annehmbar; diese Vorschläge seien nicht nur nutzlos, sondern obendrein gefährlich. Die bestehenden Minderheitenverträge des Völkerbundes genügen voll und ganz, die Minderheiten zu schützen. Auch der kanadische Vorschlag, die Verpflichtungen in weiterer Nähe der Öffentlichkeit zugänglich zu machen als bisher, müsse abgelehnt werden.

## Fünf Jahre Heldt-Regierungen in Sachsen.

Aus dem Geschäftsbereich des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums.

(N.) Für die produktive Erwerbsloosensfürsorge, die den Erwerbslosen Arbeitgelegenheit zum Nutzen der Allgemeinheit verschafft, sind seit dem Festwerden der deutschen Währung im Jahre 1924 in Sachsen über 60 Millionen Mark aus Reichs- und Landesmitteln, anfangs zu einem kleinen Teil auch aus Gemeindefondmitteln, aufgewendet worden. Die Bedeutung dieser Summe erläutern folgende Vergleichszahlen: Auf den Kopf der Bevölkerung sind in den Jahren 1924 bis 1927 ausgegeben worden im Reichsdurchschnitt 4,61 RM., in Preußen 5,99 RM., in Sachsen 13,71 RM. Durch mannigfache keine Maßnahmen sind Tücher für Erwerbslose und Reichslandarbeiter gemildert worden. Beispielsweise wurde in vielen Fällen dafür gesorgt, daß notleidende Arbeiterwohnstätten besonders berücksichtigt und die Reichslandarbeiter in ihrem Wohnort oder seiner nächsten Nachbarschaft beschäftigt wurden. Dafür sind 2 Mill. RM. besondere Landesmittel bereitgestellt worden. Die tatkräftige Mitwirkung des Finanzministeriums beim Aufstellen und Durchführen eines großen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist in der Presse bereits bekanntgegeben worden. Auch für die unterstehende Erwerbsloosensfürsorge ist während der letzten Jahre in Sachsen viel geschehen. Insbesondere hat die sächsische Regierung darauf hingewirkt, daß die Unterstützungshöhe aus einem harten Höchstbetrag nach Möglichkeit in ein Lohnklassensystem umgewandelt worden sind und die Höhe der Unterstützungen mehrfach heraufgehoben worden ist. Außerdem sind die Unterstützungshöhe in den verschiedenen Ortsklassen einander tunlichst angeglichen und die Dauer ihrer Auszahlung verlängert worden. Neue Wege der Fürsorge wurden im Jahre 1925 dadurch betreten, daß Vorbehalte getroffen wurde für das Aufrechterhalten der Anwartschaften der Erwerbsloosen auf die Invaliden- und Angehörigenversicherung. Erwähnt sei schließlich die 1924 neugegründete Beitragsgemeinschaft der von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht Mittel der Erwerbsloosensfürsorge für das ganze Land.

## Das Ende der Regierungskrise in Oesterreich.

Ein Wirtschaftskabinetts mit Ernst Stresemann als Bundeskanzler. — Dr. Seipel geht auf Urlaub.

Wien, 29. April.  
Man wird auch bei allem parteimäßigen Wohlwollen darüber nicht hinwegkommen: diese Reibung der Regierung in Oesterreich war eine Klage von europäischen Format und sie hat, bei Gott, nicht dazu beigetragen, das Ansehen der Donauraepublik in Ausland zu heben. Es hat in diesen vier Wochen seit dem überraschenden Rücktritt Dr. Seipels genau acht Kabinettskrisen gegeben, die von der christlichsozialen Partei als mehr oder weniger offizielle Kandidaten designiert worden sind, und alle acht mußten dann ihr Amt wieder zurücklegen, weil ihre Mission an den Schwierigkeiten scheiterte, die sich ihnen innerhalb der eigenen Regierungskoalition entgegenstellten. Es war ein Ables und peinliches Intriguenspiel, das die Drahtzieher der einzelnen Gruppen so sehr beschäftigt hat, daß schließlich nur das völlige Chaos übrigblieb. Dr. Seipel hatte sich zum Rücktritt entschlossen, damit nicht seine Person weiter das Hindernis für eine politische Entspannung und für einen Ausgleich der sächlichen Gegensätze zwischen Reich und Opposition bilde. Um sein Erbe aber erkrankt in der eigenen Partei ein wässriger Streit, bei dem man kein Mittel scheute, den Gegner wegzubringen, um selbst zur Krone zu kommen. Mehr als einmal man dabei die bisher noch so mühsam